

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Patrick Friedl

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Gerald Pittner

Abg. Christian Klingen

Abg. Florian von Brunn

Abg. Christoph Skutella

Abg. Eric Beißwenger

Staatsminister Thorsten Glauber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Haushaltsplan 2021

Einzelplan 12 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/13965 mit 18/13977)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/13846 mit 18/13868)

Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/13941 mit 18/13947)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion (Drsn. 18/13882 mit 18/13894)

Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/13831 mit 18/13837)

Die Gesamtredezeit für diesen Einzelplan beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat ebenfalls 45 Minuten. Es gelten die bekannten Redezeiten. Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf Drucksache 18/13891 namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich eröffne die Aussprache. Als ersten Redner darf ich Herrn Abgeordneten Martin Bachhuber von der CSU-Fraktion aufrufen.

Martin Bachhuber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Staatsminister Glauber, ich neige dazu zu sagen: Je später der Abend, desto schöner der Haushalt. In jedem Fall kann ich sagen: Der Einzelplan 12 ist ein eindeutiger Beleg dafür, dass Umwelt, Naturschutz und Verbraucherschutz in Bayern eine herausragende Position haben. So ist das Ausgabevolumen des Haushalts des Umweltministeriums gegenüber 2020 um 2,2 % bzw. um 23,6 Millionen Euro auf über 1,11 Milliarden Euro gestiegen. Allein dies ist schon bemerkens-

wert, weil es zeigt, dass wir trotz Corona und den damit einhergehenden finanziellen Belastungen erneut ein klares Bekenntnis zum Schutz von Umwelt und Natur sowie zum Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ablegen. Dieser Haushalt 2021 enthält Ausgabenerhöhungen in folgenden wichtigen Bereichen: Zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest sind zusätzlich 9 Millionen Euro veranschlagt. Im Bereich der Wasserwirtschaft sind zusätzlich 5 Millionen Euro zur Umsetzung der Bayerischen Klimaoffensive und der Wasserversorgungsstrategie vorgesehen. Der Ansatz für Naturschutz und Landschaftspflege wird um insgesamt 3,6 Millionen Euro erhöht, insbesondere zur Ausweitung des Naturschutzes, zur Sicherung der Gebietsbetreuung durch den Bayerischen Naturschutzfonds, zur Biotopkartierung und Umsetzung von Natura 2000.

Für die gesetzlichen Leistungen der Tierkörperbeseitigung ist ein Mehrbedarf von 1,7 Millionen Euro veranschlagt. Für die Laborausstattung des neuen Standorts Bad Kissingen des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit sind im Zuge von Behördenverlagerungen zusätzliche Mittel von 1,5 Millionen Euro vorgesehen. Auch das ist sehr positiv. Obwohl die Personalkosten mit einem Anteil von knapp 47 % den mit Abstand größten Posten bei den Ausgaben ausmachen, beträgt die Investitionsquote bei diesem Haushalt sage und schreibe 28,7 %. So lässt sich feststellen, dass es mit diesem Entwurf sehr gut möglich ist, die zentralen politischen Anliegen dieses Geschäftsbereiches zu realisieren.

Lassen Sie mich aber noch kurz auf zwei Punkte dieses Einzelplans zu sprechen kommen, für die künftig ebenfalls mehr Mittel zur Verfügung stehen. Das neue Bayerische Gewässer-Aktionsprogramm 2030 schließt ab 2021 an das Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020plus an. Es umfasst Investitionen in den Hochwasserschutz und damit kombinierte Maßnahmen zur Verbesserung der Sozialfunktion der Gewässer – sprich: Erlebbarkeit der Gewässer – sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerökologie.

Insgesamt werden mit EU-Mitteln, GAK-Mitteln und Mitteln Dritter sowie der Abwasserabgabe durch die Ansätze des Haushalts 2021 Investitionen in Höhe von rund 200 Millionen Euro ermöglicht. Allein 130 Millionen Euro steuert hier der Freistaat Bayern bei. Für die Förderung der Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen stehen im Haushaltsjahr 2021 gut über 100 Millionen Euro und damit 20 Millionen Euro mehr als 2020 zur Verfügung. Das ist für die Kommunen sicher sehr erfreulich. Zudem besteht die Möglichkeit, aus den für die Förderung von Abwasserentsorgungsanlagen vorgesehenen Mitteln auch Zuweisungen für die Förderung von Wasserversorgungsanlagen zu gewähren, also auf 40 % anzuheben. Das entspricht rund 36,1 Millionen Euro. Ich möchte nicht versäumen zu erwähnen, dass 72 neue Stellen geschaffen werden, damit die vielfältigen Aufgaben bewältigt werden können.

Es ist unstrittig, dass wir in den vergangenen Jahrzehnten in diesem Bereich – ob im Umwelt- oder Naturschutz, im Hochwasserverbau, in der Wasserversorgung oder der Abwasserbeseitigung – sehr viel und Herausragendes geleistet haben. Diese Leistungen sind aber nur möglich, wenn dafür die erforderlichen Gelder vorhanden sind. Wir alle wissen: Umweltschutz, Naturschutz und Artenschutz gibt es nicht zum Nulltarif. Aus diesem Grund hängt eine erfolgreiche Umweltpolitik auch immer maßgeblich von einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ab. Wir müssen hier also immer die Balance finden. Diese Korrelation ist ein Wesensmerkmal der bayerischen Politik. Damit sind wir in all den Jahren sehr gut gefahren.

Die erfolgreiche Wirtschaftspolitik, die wir in Bayern in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben, hat immer so viel Steuergelder in die Kassen gespült, dass davon immer auch die Umwelt und die Natur nachhaltig profitierten.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb müssen wir weiterhin sehr genau darauf achten, dass es auch in den kommenden Jahren so bleibt. Die bayerische Umweltpolitik hat sich immer dadurch ausgezeichnet, dass wir mit Augenmaß agiert und versucht haben, mit den Menschen und

mit den Grundeigentümern Naturschutz zu betreiben. Dieses Augenmaß kennzeichnet auch diesen Einzelplan, der nicht nur überall dort Schwerpunkte setzt, wo dies erforderlich ist, sondern auch dort, wo es auch wirklich im Sinne von Natur und Umwelt ist. Wenn wir das von mir angesprochene Augenmaß in Zukunft beibehalten, bin ich mehr als zuversichtlich, dass es uns trotz Corona auch in den kommenden Jahren gelingen wird, dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz jene Mittel zukommen zu lassen, die es braucht, um unsere einzigartige Umwelt und unsere einzigartigen Lebensräume zu bewahren und den nachfolgenden Generationen eine intakte Natur und Umwelt sowie eine große Artenvielfalt zu hinterlassen.

Ich bitte um Zustimmung zum Einzelplan 12 und wünsche dem Minister und allen Mitarbeitern viel Glück bei der Umsetzung dieses Haushalts. Möge Bayern von Naturkatastrophen verschont bleiben!

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Patrick Friedl von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Umweltminister, lieber Thorsten Glauber, das Umweltministerium hat die Federführung bei dem Haushalt, der für die größten globalen Herausforderungen der wichtigste ist. Sie haben die Zuständigkeit für den Erhalt der Lebensgrundlagen und den Schutz des Klimas. Aufgabe ist es, wirksamen Klimaschutz und Klimaanpassung mit Natur-, Wasser- und Artenschutz zu verbinden. Das ist eine Mammutaufgabe, nachdem vorher ausschließlich 48 Jahre Umweltministerinnen und Umweltminister der CSU im Amt waren. Sie hatten jetzt zweieinhalb Jahre Zeit, den Umweltwelthaushalt zum Gradmesser für die Bedeutung dieser Schlüsselaufgabe zu machen. Man sieht, wie die Staatsregierung und die Regierungsfractionen

dies wertschätzen. Jetzt, um 23:10 Uhr am Mittwochabend wird der Haushalt beraten, der es aus meiner Sicht verdient hätte, ganz vorne behandelt zu werden.

(Zuruf)

– Natürlich ist es Sache des Landtags.

Ich komme zum zweiten Punkt, also dazu, wo die Missachtung liegt. Die Missachtung liegt im Umfang

(Unruhe)

und darin, wie enttäuschend und mutlos dieser Haushalt ist. Es sind keine substanziellen Steigerungen darin, nur 2,2 %, haben wir gerade gehört. Es gibt keine erkennbare Schwerpunktsetzung, auch nicht beim Wasserschutz, und keine Abhilfe bei der angespannten Personalsituation. Die vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Naturschutzbehörden, Wasserwirtschaftsämtern und im Landesamt für Umwelt hätten es verdient – sie arbeiten im Moment am Limit –, dass sie den Rücken mit zusätzlichen Stellen gestärkt bekommen. Es braucht keine lauen Nachbesserungen. Es braucht hier einen Befreiungsschlag.

Der Haushalt umfasst nur 1,6 %, also ein Sechzigstel, des Gesamthaushalts. Er steht für die Zukunftsaufgabe zur Verfügung. Sie könnten beweisen, dass mehr geht als unter einem Umwelt- und Finanzminister Söder. Aber ich habe den Eindruck, dass Ministerpräsident Söder genauso auf der Bremse steht, wie er es vorher tat. Es fehlen Milliardeninvestitionen; so ist Ihre eigene Analyse.

Sie haben in einer Regierungserklärung ein Regierungsprogramm mit dem Titel "Wasserzukunft Bayern 2050" vorgestellt. Ich denke, Sie hätten es besser "Wasserzukunft Bayern 2030" nennen sollen; denn mit 2050 signalisieren Sie: Die Ziele werden schon wieder ganz weit gesetzt. Sie haben mit der Biodiversitätsstrategie bewiesen, dass Ziele krachend verfehlt werden. Sie haben eine Biodiversitätsstrategie 2020 und alle Ziele verfehlt.

Herr Glauber, Sie haben es erkannt: Wasser ist ein lebenswichtiges Umweltgut. Wasser ist von herausragender Bedeutung. Das zeigt schon die Wasserrahmenrichtlinie aus dem Jahr 2000. Die hat Ihnen vorgegeben, das Grundwasser als Quelle für Trinkwasser sowie die Fließgewässer und Seen und auch die davon abhängigen Lebensräume zu schützen. Obwohl jetzt schon 20 Jahre ins Land gegangen sind, ist die Wasserrahmenrichtlinie nicht wirklich umgesetzt. Der gute ökologische Zustand ist kaum erreicht. 2015 hatten Sie 15 %. Das war der erste Zeitraum, in dem dies erreicht werden sollte. Auf eine Anfrage haben Sie erklärt: Bis 2027 erreichen wir es bei 32 % der Flusswasserkörper vielleicht. – Das heißt, 68 % sollen bis zum Ende des letzten Zeitraums nicht erreicht werden. Sie werden sich da genauso eine Klage einfangen, wie Sie das schon jetzt bei den FFH-Gebieten tun.

Die Klimaüberhitzung führt zu dramatischen Veränderungen im Wasserhaushalt. Hochwasserschutz, Schutz vor Sturzfluten, Niedrigwassermanagement und Trinkwasserversorgung sind die großen Herausforderungen. Auch dafür gibt es kaum zusätzliche Haushaltsmittel. Das Förderprogramm Sturzflutmanagement wurde gleich ganz in die RZWas übergeleitet. Für die vierte Reinigungsstufe gibt es keine extra Mittel.

Ich habe schon die Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie und der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie angesprochen. 104 FFH-Gebiete und 36 Vogelschutzgebiete haben noch nicht einmal Managementpläne. Das ist nach 28 Jahren FFH-Richtlinie und sage und schreibe 42 Jahren Vogelschutzrichtlinie ein Armutszeugnis. Da fehlen 43 %. Auch außerhalb der Schutzgebiete ist der Zustand der Natur alles andere als gut.

Das massive Insektensterben ist in Bayern belegt. Die Artenhilfsprogramme sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Ich komme aus Unterfranken. Schauen Sie sich einmal an, wie es dem Feldhamster geht und wie dessen Population zurückgeht. Sie erreichen die Ziele nicht. Ich habe es schon gesagt: Die Biodiversitätsstrategie wurde nicht im Ansatz eingehalten.

Wirksamer Naturschutz braucht Personal und Mittel. Die Mittel müssen zielgerichtet eingesetzt werden.

Schauen Sie sich die Moorrenaturierung an. Die hätte enorme positive Klimaeffekte. Aber es reicht nicht, 200 Moore in zehn Jahren zu renaturieren, wenn bei 5.000 Mooren in Bayern Handlungsbedarf besteht. Sie sprachen von einem Tresor für den Klimaschutz. Machen Sie den Tresor endlich für die Moore auf!

Die Mangelverwaltung im Umweltministerium hat auch dazu geführt, dass die Fachgrundlagen hoffnungslos veraltet sind. Rote Listen, Biotopkartierung, Artenschutzkartierung sowie Arten- und Biotopschutzprogramme sind 15, 20, 30 Jahre alt. Zum Teil existieren sie nicht einmal. Aktuelle Daten sind Mangelware.

Noch ein Wort zu den Lebensmittel- und Veterinärkontrollen. Gestern hat der Oberste Rechnungshof erneut Kritik geübt. Er bemängelt zu wenige Kontrollen und eine fehlende Analyse des Personalbedarfs. Genau das hat er auch schon vor fünf Jahren gesagt. Nehmen Sie sich das zu Herzen! Werden Sie endlich tätig, und statten Sie die Behörden ordentlich und bedarfsgerecht aus!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann noch einmal zum Klimawandel. Sie haben bei der Vorstellung des Klimareports gesagt – das hat mich sehr gefreut –, Sie wünschen sich, dass der Klimawandel und der Gesundheitsschutz der Bürgerinnen und Bürger an allererster Stelle steht. Dann tun Sie endlich etwas, und sagen Sie nicht nur Ihren frommen Wunsch!

Sie könnten die Hitzeaktionspläne unterstützen. Sie könnten endlich eine Koordinationsstelle Hitze am Landesamt für Gesundheit einrichten. Sie könnten wirksam die Kommunen unterstützen.

Die Klimaanpassung führt weiter ein Schattendasein bei Ihnen. Die Kommunen bekommen keine Unterstützung bei Klimaschäden. Sie bekommen auch wenig Mittel für blaue und grüne Infrastruktur.

Die Klimaüberhitzung wirkt sich massiv auf die Natur aus. Kälte- und feuchtigkeitsliebende Arten werden verschwinden, wenn sie keine Möglichkeit haben auszuweichen. Dafür braucht es aber wirksame Biotopverbünde und schnelle Maßnahmen zu ihrem Schutz. Und wieder landen wir bei der Moorrenaturierung und bei anderen wichtigen Maßnahmen.

Wir brauchen endlich ein Umweltministerium, das sich seiner Aufgaben bewusst ist und sich massiv für seine Belange einsetzt, also endlich einen Haushalt vorlegt, der erkennen lässt, dass die Dramatik von Klimaerhitzung, Flächenverlust, Wasserarmut, Dürre und Artenschwund real bei Ihnen angekommen ist.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sie haben unsere Änderungsanträge alle abgelehnt. Wir können nicht anders, als heute wieder Ihren Umwelthaushalt abzulehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Hahn. Bitte.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Kollege Friedl, ich finde es schön, wenn sich Bürger und auch MdLs für Umwelt interessieren. Allerdings habe ich bei Ihrer Rede das Gefühl, dass Ihnen da irgendjemand etwas aufgeschrieben hat.

(Heiterkeit)

Sie sind, glaube ich, Jurist. Vielleicht sind Sie ein guter Jurist. Aber das, was Sie hier von sich gegeben haben, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

Sie haben vom Feldhamster in Mittelfranken und davon gesprochen, wie dessen Population zurückgehen würde. Haben Sie denn schon einmal einen Feldhamster im Feld gesehen?

Dann reden Sie hier die ganze Zeit auch von Klimaerhitzung und Klimaüberhitzung. Das sind Floskeln. Ich frage Sie einmal: Kennen Sie die aktuellen Klimadaten, wenn Sie diesen März mit den letzten 30 Jahren vergleichen? Das sind nämlich Klimawerte. Was schätzen Sie, wie die im Vergleich sind? – Ich werde es Ihnen sagen: Wir haben 2 Grad mehr stärkere Kälte, also tiefere Temperaturen, als es im Durchschnitt der Fall ist. Sie stellen sich hier hin und erzählen etwas von Dürre und Klimaüberhitzung. Das sind doch reine Floskeln.

Patrick Friedl (GRÜNE): Herr Hahn, Sie nennen sich Professor und erzählen etwas von einem Monat beim Vergleich mit einer Klimaperiode. Dann nehmen Sie wenigstens einmal die letzten fünf Jahre. Das über 30 Jahre gemittelte Wetter ist das Klima. Das erzählen Sie jedes Mal. Sie meinen, dass zumindest wir das nicht verstehen könnten. Dann nehmen Sie doch die letzten fünf Jahre, und stellen Sie sie 30 Jahren, zum Beispiel dem Zeitraum von 1961 bis 1990, gegenüber! Zu welchem Ergebnis kommen Sie dann? – Zu über 2 Grad mehr.

Beim Feldhamster habe ich nicht von Mittelfranken gesprochen – dort gibt es ihn nämlich so gut wie nicht mehr –, sondern von Unterfranken. Das spricht für sich selbst.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke, Herr Abgeordneter. – Damit rufe ich den nächsten Redner auf: Herrn Gerald Pittner von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Gerald Pittner (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal darf ich den Kollegen Friedl bestätigen. Es stimmt: In Unterfranken gibt es Feldhamster. Ich habe auch schon einen gesehen. Das war aber Zufall; dafür kann ich nichts. Aber es gibt sie tatsächlich.

Wir haben heute wirklich eine späte Stunde. Zu später Stunde verhandeln wir den Umweltaushalt. Da kann man natürlich auf die Idee kommen, dass er auch die ent-

sprechende Priorität bei der Staatsregierung und bei der Bayernkoalition hat. Ich würde das anders sehen: Wir haben uns vom Wirtschaftshaushalt und die Regierungserklärung über das Innenministerium und den Bauhaushalt jetzt zum Umweltaushalt gesteigert. Jetzt kommt das furiose Finale, nämlich ich.

(Heiterkeit und Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Damit müsst ihr jetzt leben. Die Zahlen im Haushalt sage ich euch auch noch.

Zugegeben, eine Steigerung um 2,2 % ist nicht gerade die Welt. Das muss man jetzt einmal sagen, auch wenn ich hier die Regierungskoalition vertrete. Wir haben im Haushalt für Wohnen, Bau und Verkehr gesagt, dass schon 6,6 % zu wenig sind. Wir hatten das heute den ganzen Tag über zu allen Haushalten. Egal, welche Zahl im Spiel war, sie war immer zu klein.

Jetzt aber haben wir Corona-Zeiten. Der Kollege Friedl hat gerade völlig zu Recht gesagt: Klimaschutz ist Gesundheitsschutz. Wir haben aber mit dem Corona-Problem ein akutes Gesundheitsproblem und können halt nicht alles gleichzeitig machen. Auch wenn wir uns das anders gewünscht hätten und ich es im letzten Jahr auch anders versprochen hatte, müssen wir in diesem Jahr die Prioritäten halt dort setzen, wo es am allermeisten brennt.

Klimaschutz, Naturschutz und Umweltschutz sind globale Aufgaben. Die Auswirkungen sind da strategisch und langfristig betrachtet sicher schlimmer; ich will das gar nicht verhehlen. Akut erreichten wir aber auch keine solche Verbesserung, wie wir sie gerne hätten. Wenn wir das Zwanzigfache einsetzen würden, würden wir im weltweiten Maßstab auch nicht die große Veränderung erreichen. Wir erreichen aber ganz viel, wenn wir die Gelder in großem Maßstab im Bereich der Corona-Pandemie und zur Verringerung der hier anfallenden Kosten einsetzen.

Die Bayernkoalition – die Staatsregierung – hat sich darauf geeinigt, dass auf jeden Fall keine Verringerung erfolgt. Das ist eingehalten.

Wir haben insgesamt zwar nur einen Aufschlag von 2,2 %. Wir können damit aber die wichtigsten Sachen und vor allem die wichtigsten konkreten Herausforderungen angehen. Kollege Bachhuber hat von der Afrikanischen Schweinepest gesprochen. Auch beginnen wir mit der Bayerischen Klimaoffensive. Wir finanzieren die Wasserversorgungsstrategie mit 5 Millionen Euro, den Naturschutz und die Landschaftspflege mit 3,6 Millionen Euro.

Damit sind die finanzpolitischen Spielräume aber fast schon ausgeschöpft. Wir geben insgesamt 28,7 % in die Investitionen. Zugegebenermaßen ist das verhältnismäßig auch etwas weniger als letztes Jahr. Wir erreichen mit diesem Hebel aber das grob geschätzt Zehnfache. Das muss man auch sehen.

Im Moment haben wir aufgrund der wirtschaftlichen Lage und der Corona-Situation ja eher das Problem, dass wir das Geld ausgeben können. Es nützt ja nichts, wenn wir da Geld parken, das an anderer Stelle fehlt.

Wir haben in einzelnen Projekten – Sie haben dazu Peanuts gesagt – noch mal 3,35 Millionen Euro draufgelegt. Das ist in erster Linie im Bereich der Wasserprojekte für Weinbau und für Landwirtschaft. Das ist gerade für Maßnahmen in Franken, die dringend notwendig waren.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ja, Herr Halbleib, ich gebe zu, dass das ein Tropfen auf den heißen Stein ist. Es ist aber der Beginn. Wir wollen mit diesem Projekt natürlich noch mehr anstoßen.

Natürlich ist uns – und mit Sicherheit auch den Kollegen der CSU und selbst dem Finanzminister – bewusst, dass da in den nächsten Jahren viel mehr erfolgen wird. Auch der Finanzminister hat die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten und des Umweltministers gehört. Irgendwann muss da Geld rein. Gerade im Bereich Wasser kommen hohe Kosten auf uns zu. Sie kennen die Projekte aus Unterfranken ge-

nauso gut wie ich. Wir werden da nicht darum herumkommen. Die Pandemie wird zu Ende gehen, und dann müssen wir da halt anfangen.

Insgesamt können wir mit diesem Haushalt aufgrund der spezifischen Situation, die wir derzeit haben, aus meiner Sicht gut leben. Wir haben das Machbare reingebracht, das Wünschenswerte aber – das ist klar – nicht. Das Leben ist aber kein Wunschkonzert. Sie kennen das aus der Opposition. Wir kennen das aus der Regierung auch; so ist es nicht.

(Unruhe)

Aber, wie gesagt: Das Machbare ist drin.

Wir haben auch beim Personal immerhin einen Aufwuchs von 83 Stellen, die sich auf verschiedene Ämter verteilen. Das ist für ein Ministerium dieser Größe durchaus ein beachtlicher Aufwuchs. Das muss man sehen. Natürlich ist aber mehr machbar. Man muss aber auch ganz klar sagen, dass die Stellen nicht nur geschaffen werden, sondern auch besetzt werden müssen. Man braucht das entsprechende Personal. Das sind alles Beschäftigte mit Spezialkenntnissen, die nicht so ohne Weiteres in München in der S-Bahn nachwachsen. Die muss man erst einmal finden. Deswegen steht nur das Machbare, das, was wir auch erreichen können, drin.

Insgesamt bin ich der Meinung, dass unter Berücksichtigung all dieser Umstände dieser Haushalt sogar für die GRÜNEN zustimmungsfähig sein müsste. Wir mussten die ganzen Änderungsanträge einfach deshalb ablehnen, weil das natürlich wünschenswerte Wolkenkuckucksheime waren, die Gegenfinanzierung gefehlt hat oder sie unseren Zielsetzungen nicht entsprochen haben. Wir müssen halt einfach mal sehen, dass es nicht nur eindimensional das Problem Klima- und Umweltschutz gibt, sondern dass wir viele Probleme haben. Manchmal kollidiert – wir haben das vorhin gehört – der Klimaschutz mit dem Straßenbau; auch Straßenbau kann aber durchaus Umweltschutz sein. Das gilt im Übrigen auch für den Bahnbau, obwohl dieser gleichzeitig auch in die Umwelt eingreift. Wir haben das in vielen Bereichen. Deswegen sind natürlich auch in

vielen anderen Haushalten durchaus umwelt- und klimapolitische Gesichtspunkte enthalten.

Nachdem wir uns dem Ende nähern und es schon spät ist, bin ich der Meinung, dass ich Sie mit meinen Worten überzeugt haben müsste. Wenn nicht, nützt es eh nichts, wenn ich noch zwei Minuten rede. Ich bedanke mich deshalb für die Aufmerksamkeit und wünsche noch einen schönen Abend.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nur noch mal der Hinweis und ganz allgemein gesprochen: Man muss seine Redezeit nicht unbedingt voll ausnutzen.

(Zuruf des Abgeordneten Gerald Pittner (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege, es war alles in Ordnung. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Christian Klingen von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Christian Klingen (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrter Herr Umweltminister, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei den Offizianten bedanken, die jetzt um halb zwölf zu später Stunde noch tätig sind. Vielen Dank dafür, dass Sie hier die ganzen Desinfektionsmaßnahmen durchführen.

(Beifall)

Wieder einmal soll Symbolpolitik richten, was die Praxis nicht vermag. Das ist eine Symbolpolitik, die, wie immer, ihre negativen Umweltauswirkungen erst nach Jahren offenlegt. Auf grünen Spuren wandelnd betreibt die CSU mit ihrem vorliegenden Haushaltsplan mehr Greenwashing als echten Umweltschutz.

Ministerpräsident Söder wollte mit 100 Windrädern in bayerischen Staatsforsten vor Kurzem noch genau dieser Ideologie Ausdruck verleihen. Meine Damen und Herren, sehen Sie darin einen Umweltnutzen? – Wer in heißen Sommern der Austrocknung von Böden und Gewässern sinnvoll entgegenwirken will, der muss für mehr Wald und Hecken sorgen, statt gerade diese ökologisch und für das Mikroklima äußerst wichtigen Waldflächen für breite Zufahrtsschneisen und Windparks zu opfern.

(Beifall bei der AfD)

Unser Waldgesetz, wie es im Geiste wahren Umweltschutzes und der Verantwortung für unsere heimische Biodiversität entstanden ist,

(Zuruf)

haben Sie abgelehnt. – Klar, war ja auch von der AfD. Dies lässt tief in den schwarzgrünen Abgrund blicken,

(Zuruf)

auf den sich die CSU auch hier unaufhaltsam zubewegt. Die CSU stolpert in einer Abwärtsspirale der Unglaubwürdigkeit von Skandal zu Skandal. Folgt nach dem Maskenskandal nun das Umweltdebakel? – Ein Nüßlein ist ja schon geknackt, weitere werden möglicherweise folgen.

(Heiterkeit – Zurufe: Oje!)

Die Entwürfe der AfD sehen stattdessen praxisnahe Lösungen für reale Probleme vor. Wir halten den Deponierückbau und die Erschließung von Deponat, also ungenutzter Ressourcen, für sinnvoller als Klimapapiertiger. Durch die nachhaltige Beseitigung von Deponien und die gezielte Verwertung wertvoller Reststoffe wird auch ein ökologischer Nutzen erzielt. Das würde vor allem zu einer Rückgewinnung höherwertig nutzbarer Flächen führen, die, vor allem im urbanen Raum, sowohl für dringend benötigten Wohnraum als auch für Infrastrukturprojekte genutzt werden können.

Vor dem Hintergrund Hunderter Millionen, die, ohne dass jemand mit der Wimper zuckt, für ideologische Klimaschutzprojekte ausgegeben werden, wundert es doch, warum im weitaus sinnvolleren Bereich der Ressourcenschonung und des echten Umweltschutzes nichts Nennenswertes geschehen ist.

Die Energiewende ist als ein gescheitertes Unterfangen zu betrachten, da es sich bei objektiver Sicht lediglich um ein umweltfeindliches Subventionssystem handelt, das durch die staatliche EEG-Gesetzgebung ohne Rücksicht auf Verluste einfach von oben erlassen wurde.

(Beifall bei der AfD)

Der Wahnsinn derzeitiger Rechtsvorgaben zeigt sich besonders im Photovoltaiksektor, wo durch die bayerische Solaroffensive in absehbarer Zeit mehr Ressourcen auf dem Altar des Klimaschutzes geopfert werden sollen als in Bayern je zuvor. Mit dem Auslaufen der Förderung landet eine Unmenge an Solarmüll, für den es keine ausreichenden Entsorgungskonzepte gab und gibt, in den Deponien. Das geschieht ganz zur Freude Chinas, das nicht nur den weltweiten Photovoltaikmarkt dominiert. Vielmehr ist unsere Energiewende ein einziges chinesisches Wirtschaftsförderungsprogramm. Während unsere eigene Solarindustrie dahinsiecht, lassen wir in China munter produzieren, wo ganz sicher keine Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden.

Die Versorgungssicherheit unserer Industrie und unserer Verbraucher ist durch die starken Schwankungen im Energienetz nachhaltig gefährdet. Die Stromkosten haben sich für die Bürger seit Einführung des EEG mehr als verdoppelt. Das ist besonders Geringverdienern unzumutbar.

In ähnlich desolatem Zustand befinden sich unsere Tierheime. Viele sind veraltet und können kaum noch das Nötigste finanzieren, von Sanierungen oder modernen Gehägen ganz abgesehen. Leider ist der Freistaat Bayern, wenn es um diese Tierauffangeinrichtungen geht, mal wieder von erschreckender Ahnungslosigkeit, um nicht zu sagen Ignoranz befallen. Die verschiedenen Tierschutzeinrichtungen, meist gemein-

nütziger Vereine, können die im Zuge der Corona-Krise geschaffenen Finanzhilfen kaum beantragen. Ihnen fehlt die entsprechende Rechtsform, wie sie etwa auf das Gastgewerbe oder Kleinbetriebe zutrifft. Finanzielle Hilfe und vor allem eine regelmäßige Unterstützung sind also wichtiger denn je. Wir als AfD wollen auch hier durch sinnvollen Einsatz unserer Mittel für weitere Sanierungsprojekte die Situation zum Besseren wenden. Insbesondere jetzt, da die CSU an der kurzen grünen Leine gehalten wird, sollte sie sich unserer verwaisten Haustiere gegenüber solidarischer zeigen.

Wir lehnen den Haushaltsplan ab. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Florian von Brunn, SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion setzt mit ihren Änderungsanträgen klare politische Schwerpunkte im Haushalt für die enorm wichtigen Bereiche Umwelt und Verbraucherschutz. Wir wollen mehr sozial gerechten Klimaschutz, wir wollen mehr Naturschutz, und wir wollen mehr Verbraucherschutz.

(Beifall bei der SPD)

Weil wir aber Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind, kämpfen wir auch in diesem Bereich für gute Arbeit und ordentliche Beschäftigung.

Stichwort Klimaschutz: Wir alle wissen, dass Klimaschutz und gerade die Verbindung von Klimaschutz mit sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeit die wichtigste Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist. Wir haben aber, ehrlich gesagt, große und begründete Zweifel, dass diese Staatsregierung dazu bereit und in der Lage ist, sich dieser Herausforderung wirklich zu stellen. Seit 2006 ist es Ihnen nicht gelungen, die Treibhausgasemissionen Bayerns zu senken. Im Gegenteil: Bayern importiert dreckigen Braunkohlestrom und rechnet sich die Bilanz schön.

Den gleichen Etikettenschwindel erleben wir derzeit bei den von Ihnen selbst – aber nur von Ihnen selbst – viel gerühmten Klimaschutzmaßnahmen. Da ist alles Fassade mit wenig dahinter oder viel Wind um sehr wenig.

(Beifall bei der SPD)

Am deutlichsten wird das an den hundert Windrädern, die Sie im Staatswald bauen wollten, zumindest haben Sie das – glaube ich – vor eineinhalb Jahren großspurig angekündigt. Wie viele dieser Windräder sind bisher im Bau? – Kein einziges. Mehr muss man zu Ihrer Klimaschutzpolitik eigentlich nicht sagen.

Wir können uns aber angesichts der Klimakrise keine solche Polit-PR ohne echten Klimaschutzeffekt mehr leisten. Deswegen fordern wir eine unabhängige Studie – der Antrag liegt vor –, die die Klimaschutzmaßnahmen der Staatsregierung objektiv überprüft und die Defizite aufdeckt.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen aber auch für sozialen Klimaschutz, und deswegen haben wir den Antrag gestellt, einkommensschwächere und stark belastete Haushalte durch einen Zuschuss für energiesparende Haushaltsgeräte zu unterstützen; denn gerade Haushalte mit niedrigeren Einkommen haben wenige finanzielle Möglichkeiten zum Energiesparen.

Ein wichtiger Bereich – es ist heute schon angeklungen – ist auch die Erhaltung und Renaturierung von Mooren. Hier könnten in erheblichem Umfang Treibhausgase eingespart werden. Aber leider lässt die Staatsregierung auch hier seit Jahren viele Möglichkeiten liegen. Es werden zwar, wie überall, vollmundig Programme verkündet, aber den Fortschritt gibt es nur im Schneckentempo, Herr Minister. Ich erwähne das Beispiel, dass bis letztes Jahr eigentlich 30 % der Moorflächen im Staatswald renaturiert werden sollten, die Staatsregierung aber für 2020 lediglich – ich zitiere – eine Renaturierungsaktivität von 18 % meldet. Was ist eigentlich eine "Renaturierungsaktivität"?

Wenn man im Ministerium zusammen Kaffee trinkt und über Renaturierung redet? Ich möchte das nur mal zur Disposition stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Stichwort Natur und Artenschutz – ein wichtiges Thema für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern; wir haben es beim Bienen-Volksbegehren gesehen. Wir wissen genau, dass der Rückgang von Biodiversität und das Artensterben eine große Gefahr für unsere Zukunft ist. Deswegen wollen wir mehr Geld für das Vertragsnaturschutzprogramm.

(Beifall bei der SPD)

Klima-, Umwelt- und Naturschutz bilden die Schwerpunkte unserer Anträge – den einen Teil. Der andere Teil ist der Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern. Das ist sozialpolitisch enorm wichtig, aber es kann auch einen Beitrag zum Umweltschutz leisten, zum Beispiel unser Änderungsantrag, Reparaturcafés in Bayern zu fördern. Das hilft beim Ressourcenschutz, verringert die Müllberge und hilft den Menschen, Geld zu sparen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen auch die Lebensmittelkontrollen und damit den gesundheitlichen Verbraucherschutz in Bayern verbessern. Deswegen fordern wir mehr Stellen für die Lebensmittelchemie am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit; denn das kann Verbraucherschutzskandale wie "Bayern-Ei" effektiv verhindern.

Wir leisten mit unseren Haushaltsanträgen auch einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Verbraucherberatung in Bayern. Wir wollen mehr Geld für die Verbraucherzentrale und für den Verbraucherservice, und das gleich in mehreren Bereichen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Erhöhung der Mittel insgesamt, aber wir brauchen auch mehr Mittel in den wichtigen Bereichen Telekommunikation, Internet und Finanzen. Das haben wir bei unseren Anträgen besonders berücksichtigt; denn hier haben die Bürgerinnen und Bürger besonders großen Unterstützungsbedarf.

Aber wir wollen es nicht nur bei der Beratung belassen, sondern die Verbraucherzentrale, gerade in diesen Bereichen, beim Rechtsschutz für die Verbraucherinnen und Verbraucher stärken. Deshalb ist es sehr wichtig – auch hier ein Änderungsantrag von uns –, dass wir das Prozesskostenbudget der Verbraucherzentrale erhöhen und ver-
stetigen.

(Beifall bei der SPD)

Die Verbraucherzentrale übernimmt hier nämlich die wichtige Rolle des Verbraucheranwalts für die Bürgerinnen und Bürger, sei es bei Sammelklagen, sei es, wenn es darum geht, konsequent gegen unwirksame AGB oder zweifelhafte Geschäftspraktiken vorzugehen. Damit wird klar: Die SPD ist die Verbraucherschutzpartei in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Wir kümmern uns aber auch in diesem Bereich um die Beschäftigten, auch im Umweltbereich um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Deswegen setzen wir uns mit Änderungsanträgen mit Nachdruck für gute Arbeit und ordentliche Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Bereich ein. Das heißt für uns: Schluss mit befristeten Arbeitsverhältnissen an den Wasserwirtschaftsämtern und am Landesamt für Umwelt!

(Beifall bei der SPD)

Diese Stellen müssen in ordentliche und dauerhafte Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden. Hier hat der Freistaat aus unserer Sicht ganz klar eine soziale Verpflichtung gegenüber seinen Beschäftigten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. – Wir haben eine Zwischenbemerkung. Herr Prof. Dr. Hahn, bitte schön.

Florian von Brunn (SPD): Ach Gott!

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Hahn ist mein Name! "Gott" – so weit sind wir noch nicht, Herr von Brunn.

(Zurufe: Oh!)

Sie haben hier von Renaturierungsaktivitäten gesprochen und haben selber gesagt, Sie wüssten eigentlich nicht, was das ist, und vermuten, das wäre so etwas wie Kaffeetrinken im Ministerium. Mich verwundert nicht, dass Sie das nicht wissen.

Sie haben danach noch von Artenschutz gesprochen. Ich vermute mal, Sie wissen auch nicht, was Artenschutz ist. Ich möchte von Ihnen aber gerne mal hören – es gibt ja über hundert Definitionen von Arten –: Was sind denn Arten überhaupt? Vielleicht liefern Sie einfach mal die einfachste Definition: Was ist eine biologische Art? Mich würde interessieren, ob Sie das wissen. Sie sind ja Mitglied des Umweltausschusses.

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, ich weiß jetzt nicht, was Sie mit diesen schlaumeierischen Bemerkungen erreichen wollen. Mehr Wähler für Ihre rechtsradikale Partei gewinnen Sie damit sicherlich nicht.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Skutella, FDP-Fraktion.

Christoph Skutella (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Staatsminister! Während der letzte Haushalt eine angemessene Mittelerrhöhung erfahren hat, was auch mit der damals brennenden Aktualität des Themas zu tun gehabt haben dürfte, bleibt der aktuelle Haushalt auf dem ungefähr

gleichen Niveau. Aus der Sicht eines ausgeglichenen Haushalts begrüßen wir diese Entwicklung zwar durchaus, Kritik üben wir jedoch an der Schwerpunktsetzung.

Sicher sind Klimaschutz und Bestrebungen in diese Richtung der entscheidende Faktor. Allerdings befinden wir uns auf Landesebene, und umso wichtiger ist es unserer Ansicht nach, den Kommunen für ihre Anstrengungen zur Klimaanpassung und Infrastrukturertüchtigung mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Starkregenvorsorge, Hitzeaktionspläne oder die vom Umweltminister oft zitierten Schwammstädte müssen eher jetzt als in zehn oder zwanzig Jahren eingerichtet werden.

Die Schwammstädte und der Regenrückhalt bringen mich auch gleich zur Wasserstrategie. Dazu wurde bereits auch an dieser Stelle viel angekündigt. Jedoch frage ich mich, ob die Einstellung von 5 Millionen Euro zur Förderung von pilothaften Investitionen für moderne und nachhaltige Bewässerungsinfrastrukturen in der Landwirtschaft und im Weinbau wirklich alles ist, was der Haushalt hergeben kann. Ihr Pilotprojekt für die Bewässerung umfasst gerade einmal drei zugelassene Bewerbungen, die bewertet, aufgestellt, umgesetzt und angemessen evaluiert werden müssen.

Dies frisst Ressourcen, Personal und vor allem Zeit, die wir im Wettlauf mit der Klimaerwärmung vor allem in Franken nicht mehr haben. Entlang des Mains und an den Hängen des Steigerwalds haben wir über 3.000 Winzerinnen und Winzer, viele von ihnen im Nebenerwerb. Wenn wir mit diesem Tempo weitermachen und alle paar Jahre drei Pilotprojekte in Franken etablieren, würde ich dem Umweltministerium vielleicht als Maskottchen die Weinbergschnecke vorschlagen. Herr Minister, der Ansatz ist da, aber beim Tempo müssen wir zulegen.

(Beifall bei der FDP)

Wir haben es beim Klimareport gehört: Die Niederschlagsmenge in Bayern ist im Schnitt zwar gleichgeblieben, jedoch haben sich die Zeiten und auch die Intensität der Niederschläge verändert. Einen regelmäßigen unspektakulären Landregen, wie man ihn von früher kennt, wird es in Zukunft immer seltener geben. Wir müssen unsere

Kommunen, die Gewässer und die Landwirtschaft auf schwierige Zeiten vorbereiten, und wir müssen das alles schnell machen.

Auch für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, die eigentlich bis 2027 vollzogen sein sollte, wurden keine zusätzlichen Mittel in adäquater Höhe eingestellt. Hier kann ich das Ministerium nur davor warnen, sich zurückzulehnen, nur weil andere Bundesländer und EU-Staaten ebenfalls Schwierigkeiten bei der Umsetzung haben. Es mag sein, dass die Frist bis 2027 nicht von allen Ländern einzuhalten ist. Jedoch müssen uns die Qualität unseres Wassers und der damit einhergehende Schutz der Artenvielfalt und der Biodiversität dazu ermuntern, hier eine Vorreiterrolle in Europa einzunehmen.

Trotz dieser Kritik halten wir den Haushalt insgesamt noch für zustimmungsfähig. Die Schwerpunkte sind auf Klimaschutz, Unterstützung und die Wasserstrategie gesetzt, jedoch erwarten wir eine angemessene und zügige Umsetzung dieser Schwerpunkte und werden hier auch nicht lockerlassen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nächster Redner ist Herr Eric Beißwenger von der CSU-Fraktion.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns einig: Das wertvollste und am meisten geschätzte Gut in Bayern ist die Schönheit der Landschaft und der Reiz der Natur. Diese Ausgangssituation ist ein großes Geschenk an die Bevölkerung und an die Besucher Bayerns von eben dieser Natur. Wir merken es jedes Wochenende und zu jeder Urlaubszeit, wie sehr bei schönem Wetter die Natur gesucht wird. Hohe Lebensqualität in Bayern ist durch hohe Umweltstandards und hervorragende Gesundheitsvorsorge begründet.

Ziel ist der Erhalt dieser Lebensqualität mit folgenden Herausforderungen: Klimawandel eingrenzen, Anpassung gestalten, Artenvielfalt erhalten, Naturschönheit bewahren und Ressourcen schonen. Eine kluge und gute Umweltpolitik ist nicht nur Anwalt für die Natur, sondern auch für die Bevölkerung.

Eine der wichtigsten globalen Herausforderungen sind weiterhin der Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel. Ein wirksamer Klimaschutz macht Bayern stark für die Zukunft. Deshalb werden seit 2008 mehr als 1 Milliarde Euro für die Reduktion von Treibhausgasen, für die Anpassung und die Forschung in bayerischen Klimapaketen eingesetzt. Deshalb treiben wir die Hightech Agenda voran, die in wichtigen Teilen auch auf Umwelt- und Klimaschutz und die Mobilität der Zukunft ausgerichtet ist. Deshalb setzen wir bayerische Klimaschutzanstrengungen auch und gerade in der Corona-Zeit fort. Der Klimawandel ist Fakt und längst in Bayern angekommen. Er ist – das muss ich leider sagen – spür- und messbar. In den letzten 90 Jahren ist die Temperatur um rund 1,1 Grad gestiegen, im Alpenraum in den letzten 100 Jahren sogar circa doppelt so stark wie im weltweiten Durchschnitt. Daher haben wir bereits 2014 das Bayerische Klimaschutzprogramm 2050 beschlossen. Mit diesem Programm hat die Staatsregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket aufgelegt und gibt für die Umsetzung dieses Pakets jedes Jahr einen dreistelligen Millionenbetrag aus.

Haushaltsmittel für den Klimaschutz werden auch weiterhin kräftig erhöht. Der Bodenschutz spielt in Bayern schon immer eine zentrale Rolle. Als Lebensgrundlage für die zukünftigen Generationen bedarf der Boden unseres besonderen Schutzes. Bodenschutz betrifft eine Vielzahl von Fachbereichen und ist daher, so meine ich, als Querschnittsaufgabe zu sehen, die ein vernetztes Denken mit anderen Umweltaspekten fordert. Dabei sind Humuserhalt und Humusaufbau von zentraler Bedeutung für die nachhaltige Landnutzung. Als wichtiger Indikator guter und gesunder Böden stellt der Humus gleichermaßen die Grundlage gesunder Böden sowie auch einen potenziellen Kohlenstoffspeicher, einen Faktor im Zusammenhang mit der CO₂-Vermeidung dar.

Klimaschutz ist Bodenschutz. Der Aufbau von 0,1 % Humus pro Hektar entspricht, abhängig von der Bodenart, etwa einer Bindung von drei bis sechs Tonnen CO₂ je Hektar. Kaum ein Sektor ist so direkt von den Folgen des Klimawandels betroffen wie die Land- und Forstwirtschaft. Gleichzeitig ist aber die Land- und die Forstwirtschaft ein wichtiger Teil der Lösung. Mit der Intensivierung der Forschung zur klimaangepassten und klimaschonenden Landwirtschaft, mit der weiteren Verstärkung der Förderung des Ökolandbaus in Bayern und mit der Entwicklung eines Moorbauernprogramms und eines Förderprogramms zum Humuserhalt und –aufbau setzen wir auch hier Impulse. Mehr als 16 Millionen Euro stehen jährlich im Haushalt des Umweltministeriums für Themenbereiche wie Bodenschutz, Altlasten und Geologie.

Wegen der fortgeschrittenen Stunde und weil mein Kollege Bachhuber die meisten Punkte schon angesprochen hat, will ich es nur noch ganz kurz nennen. Bayerns Fortschritte in der Luftreinhaltung können sich sehen lassen. Für die Forschung zum Ultrafeinstaub gibt Bayern aktuell 3 Millionen Euro aus. Bayern ist auch hier Vorreiter und treibt die Forschung voran. Zusätzlich werden derzeit vom Landesamt für Umwelt drei hochpräzise staatliche Ultrafeinstaubmessstationen errichtet. Die Kosten hierfür betragen rund 2 Millionen Euro.

Zum Wasser hat der Kollege schon sehr viel gesagt. Einen wichtigen Punkt möchte ich noch ansprechen, das Volksbegehren Plus. Beim Schutz der Natur ist es vor allem wichtig, Bürger, Kommunen und Landwirte mitzunehmen und mit den Menschen Naturschutz und Umweltschutz zu machen. Artenschutz ohne die Landwirte wird nicht funktionieren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dabei kommt es mir vor allem auf gute Kommunikation und Beratung vor Ort an. Eine wesentliche Säule hierfür sind natürlich unsere neuen Biodiversitätsberater.

Einen letzten Punkt will ich noch ansprechen, die Afrikanische Schweinepest. Sie breitet sich in Deutschland bzw. in Europa immer weiter aus. Mit dem ersten Nachweis der

ASP in Deutschland im September 2020 hat Deutschland den Status seuchenfrei verloren. Ein Ausbruch der ASP bei Wildschweinen in Bayern würde aufgrund der EU-weit festgelegten Handelsbeschränkungen mit sehr hohen Verlusten und Kosten für die bayerische Land- und Fleischwirtschaft einhergehen. Bayern hat frühzeitig alle Maßnahmen vorbereitet, einen bayerischen Rahmenplan aufgestellt sowie ein ASP-Abwehrpaket beschlossen. Zunächst soll der Schwarzwildbestand reduziert werden. Die Aufwandsentschädigung für das Erlegen von Schwarzwild wurde in Bayern schon bisher zentral aufgelegt. Auch ein 350 Kilometer langer Zaun wurde bereitgestellt bzw. gebaut.

Um die Maßnahmen weiter voranzubringen und auszuweiten, werden zusätzlich 9 Millionen Euro bereitgestellt. Ich halte das schon für bemerkenswert. Es wird ein wichtiger Beitrag für den Erhalt der Landwirtschaft in Bayern und für die Unterstützung der Landkreise geleistet. Hier gilt mein Dank insbesondere der engagierten Jägerschaft, die die starke Bejagung des Schwarzwildes fortsetzt, sich dadurch in besonderer Weise für die Landwirtschaft einsetzt und den Schulterchluss sucht.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Das war eine Punktlandung. – Ich darf nun Staatsminister Glauber aufrufen.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Einzelplan 12 ist ein technischer Begriff, der aber im Prinzip Lebensqualität, die Zukunft Bayerns und das gute Leben in Bayern gestalten soll und muss. Es ist ein technischer und auch um zwölf Uhr abends ein ganz wichtiger Begriff. Ich bin dankbar, dass wir diese Leidenschaft in der Debatte auch abends um zwölf Uhr erkennen lassen und zeigen, dass uns das Thema wichtig ist. Sie werden in mir immer einen leidenschaftlichen Diskutanten um diese Themen haben.

Ich war lange genug Oppositionspolitiker, um zu wissen, was man in der Opposition alles so schön nonchalant fordern kann. Das geht ganz locker. Die Regierungsfractionen haben in den letzten Jahren gezeigt, wie ernst das Thema genommen wird. Nimmt man jetzt nur die 2,2 % Mehrung in den Blick, dann wird man es sich in der Opposition – zumindest in der jetzigen Legislaturperiode – einfach machen. Denn wir waren im Jahr 2018 bei 902 Millionen Euro und sind jetzt bei 1,12 Milliarden Euro. Liebe Kolleginnen und Kollegen, können Sie den Zuwachs einmal ausrechnen? – Das sind rund 220 Millionen Euro in drei Haushaltsjahren. Die Behauptung, wir als Staatsregierung wären an dieser Sache nicht dran und hätten keine Power, steht auf einem anderen Blatt Papier; das müssen Sie irgendwo anders ausgegraben haben, liebe Oppositionspolitiker.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daseinsvorsorge lässt sich nicht von jetzt auf gleich realisieren. Wenn Kollege Friedl davon spricht, wir würden keine Schwerpunkte setzen, dann frage ich mich, was der Haushalt außer Schwerpunkten zeigt. Er zeigt eine ganz klare Strategie im Hinblick auf das Thema Wasser, eine klare Säule für das Thema Klima, eine ganz klare Säule für das Thema Natur- und Artenschutz und eine ganz klare Säule für das Thema Verbraucherschutz. Genau das ist die Aufgabe dieses Hauses und des Umwelt- und Verbraucherschutzministeriums. Wir treten letztlich dafür an, diese Zukunftsfragen zu klären und sicherzustellen. Wir gehen diese Herausforderungen mit Kraft an.

Ferner wurde die Schutzfunktion dieses Hauses vor ASP angesprochen. Man kann natürlich fragen, warum sich das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium um ein Nischenthema wie ASP kümmert. Schauen Sie doch einmal, wie das Nischenthema ASP Deutschland getroffen hat, wie Schweine- und Handelspreise nach unten gesunken sind und wie in Brandenburg plötzlich Feuer unterm Dach war. Was haben wir gemacht? – Noch bevor in Brandenburg der erste Fall aufgetreten ist, haben wir von Bayern aus versucht, den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, uns gemeinsam an der Ostgrenze Schutzmaßnahmen aufbauen zu lassen. Dem ist man nicht nähergetre-

ten. Irgendwann waren wir in Bayern so weit zu sagen, dass wir diesen Weg alleine gehen. Wir gehen diesen Weg mit Kraft alleine und lassen niemanden alleine.

Wir haben vor einem Jahr, als es noch keinen Fall in Deutschland gab, begonnen, uns den Schutzmaßnahmen zu widmen. Wir hatten ein Pandemie-Lager eingerichtet, das komplett mit Schutzausrüstung für eine Tierseuche gefüllt war. Dann kam die Corona-Pandemie. Gott sei Dank hat dieses Tierseuchen-Lager zur Verfügung gestanden, weil all diese Produkte aus dem Tierseuchen-Lager plötzlich zur Pandemie-Bekämpfung stark gefragt und im Einsatz waren. Wir haben dieses Pandemie-Lager natürlich nachgefüllt. Heute war das aber die Blaupause dafür zu fragen, was wir eigentlich zur Bewältigung der Corona-Pandemie brauchen.

(Unruhe)

Anhand des Falls ASP sieht man doch, dass dieses Ministerium nicht nur die ganz große Strategie, sondern letztendlich auch entstehende Herausforderungen sofort angehen kann. Wenn wir über Personal und Personalausstattung sprechen, dann kann man natürlich beim Thema Verbraucherschutz und Veterinärwesen immer über Personal diskutieren. In meiner Verantwortung haben wir rund 100 neue Stellen für Veterinärinnen und Veterinäre, für Veterinärassistentinnen und -assistenten sowie Lebensmittelkontrolleure geschaffen. Das sind rund 100 Stellen in zwei Jahren, Kolleginnen und Kollegen. Das müssen Sie erst einmal nachmachen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Eines ist klar: Wer heute über die Zukunft spricht, muss sich jetzt sowohl über ein Lebensmittelkontrollkonzept 2030 als auch über ein Veterinärkonzept für Großtierpraxen Gedanken machen, denn im ländlichen Raum wird es immer schwieriger, für Großtierpraxen Nachfolgerinnen und Nachfolger zu finden. Kolleginnen und Kollegen, ich sage Ihnen voraus, dass wir in diesem Haus auch für Tierärztinnen und -ärzte eine Quote an Studienplätzen einführen werden, so wie wir eine Quote für Ärztinnen und Ärzte auf dem Land eingeführt haben. Das ist Daseinsvorsorge.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir gehen diese Daseinsvorsorge mit unserem Strukturkonzept an, weil es am Ende des Tages unsere Aufgabe ist, auch unsere landwirtschaftlichen Betriebe draußen weiterhin zu unterstützen. In unserem Flächenland Bayern setzen wir auf diese landwirtschaftlichen Strukturen und gemeinsame Wege.

Zum Thema Schutzfunktion und Gewerbeaufsicht: Es gibt 27 neue Stellen. Wir haben eine Pandemiegüter-Schutzstelle mit neuen Kolleginnen und Kollegen eingerichtet. Warum machen wir das? – Wir machen das, weil genau zur Zeit der Beschaffung plötzlich Masken, Infektionsmittel, Schutzbrillen und Schutzanzüge auf den Markt gekommen sind, die nicht gelabelt waren. Keiner wusste, ob die Produkte überhaupt eine Schutzfunktion hatten. Wir haben uns mit dieser neuen Zertifizierungsstelle für Pandemieprodukte wirklich ins Zeug gelegt und versuchen heute, den Schutz für diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die solche Produkte kaufen, aufrechtzuerhalten.

Wir haben parallel zu der Herausforderung, eine Pandemie zu bewältigen, ein Riesensprogramm für Artenschutz und Artenvielfalt aufgelegt. Es ist eine große Herausforderung, ein solches Programm in die Fläche zu bringen. Wer glaubt, dass morgen beim Thema Artenschutz und Artenvielfalt alles gut wird, weil wir Stellen geschaffen und Geld eingelegt haben, dem sage ich: Das ist ein Marathonlauf.

(Unruhe)

Lassen Sie uns in fünf bis zehn Jahren bewerten, wohin wir gekommen sind, aber lassen Sie uns die Schritte, die wir eingeleitet haben, gehen. Wir haben 100 neue Stellen geschaffen. 2019 waren wir beim Vertragsnaturschutz und der Landschaftspflege bei 140 Millionen Euro; aktuell sind wir bei 204 Millionen Euro. Das zeigt doch, wie wir das Thema aufgebaut haben. In Pandemiezeiten ist es für uns natürlich schwierig, beim Thema Vertragsnaturschutz voranzukommen, obwohl die Kolleginnen und Kollegen jeden Tag rund um die Uhr daran arbeiten. Wir brauchen die Flächeneigentümer und Gespräche vor Ort. Das ist in der Pandemie viel schwieriger. Aber wir lassen nicht lo-

cker. Auch der Anstieg der Zahl von 85.000 Hektar auf 120.000 Hektar zeigt, wie wir hier vorangekommen sind. Wir lassen auch in der Pandemie nicht locker.

Wir haben beim Thema des ersten nationalen Naturmonuments einen wichtigen Baustein gesetzt. Wir haben mit dem größten Waldnationalpark und dem 50-jährigen Bestehen unseres Nationalparks Bayerischer Wald noch einmal eine Duftmarke gesetzt. In diesem Bereich sind wir aktuell mit der Frage beschäftigt, wie es mit der Artenvielfalt in den Kommunen weitergeht. Der Kollege Skutella hat vorhin völlig zu Recht angesprochen, dass wir die Kommunen bei allen Fragen brauchen. Wir brauchen sie beim Klimaschutz, bei der Nachhaltigkeit und bei der Artenvielfalt. Wir wollen also ein neues Programm "Blühende Kommune" auflegen. Wir werden rausgehen und die Kommunen überall in Bayern mit Starter-Kits mitnehmen. Wir wollen bei diesem Thema vorankommen.

Ich habe Ihnen im Klimareport vorgestellt, was es letztendlich bedeuten würde, wenn wir uns um das Thema nicht kümmern und am Ende des Jahres 2100 bei einer Klimaerwärmung von 4,8°C ankommen würden. Das geschieht aber nicht, weil wir das Pariser Ziel erfüllen werden. Diese Staatsregierung wird sich dem Thema widmen und es mit Kraft angehen. Die Investition von 1 Milliarde Euro im Bereich Klimaschutz ist angesprochen worden. Der Zehn-Punkte-Plan mit seinen 100 Maßnahmen zeigt auch, dass wir es angehen. Wir sind schon dabei, ein zweites Paket zu schnüren.

Hier ist auch das Thema Moorschutz angesprochen worden. Aber auch dort brauchen wir die Flächeneigentümer und die Abstimmung mit denjenigen, denen das Land gehört. Ich sage Ihnen: Wir werden in den nächsten vier bis sechs Wochen einen großen Aufschlag machen, wenn es die Pandemie zulässt. Sie werden sehen, dass wir beim Thema Moorschutz, Tresor und CO₂-Speichermoor wirklich liefern werden.

Lassen Sie mich noch als letztes das Thema Wasser ganz deutlich ansprechen. Warum ist das Wasser vielleicht noch nicht in der Form niedergeschrieben, wie man es sich vorstellt? Ja, weil aktuell eine Expertenkommission für uns tagt. Alle, die den

Haushalt anschauen, sehen: Von den 1,12 Milliarden Euro gehen rund 380 Millionen Euro zum Thema Wasser. Wir werden definitiv nach dem Abschluss der Expertenkommission bei dem Thema Wasser noch einmal nachlegen.

Zur Wasserzukunft Bayern 2050: Lieber Kollege Friedl, wissen Sie, wie die Donau-Main-Überleitung entstanden ist? Wissen Sie es? – Mit einem Beschluss im Jahr 1970 im Bayerischen Landtag. Der Bau wurde 1972 begonnen. Wissen Sie, wann er fertig war? – 1996. Zwanzig Jahre! Also, man muss jetzt letztendlich die Weichen für die Wasserzukunft Bayern stellen. Wir werden den Ertrag erst in 15 bis 20 Jahren ernten, aber die Entscheidungen werden jetzt getroffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb lassen wir nicht locker und werden absolut liefern. Ich sage zum Thema Wasser auch: Wasser ist Leben. Da gibt es am Ende keine Diskussion.

Es ist ja auch angesprochen worden. Die bayerischen Landesteile sind hier völlig unterschiedlich betroffen. Wir haben in unseren Haushalt das Thema Trinkbrunnen aufgenommen. Wir wollen Wassertrinkbrunnen in die Fläche bringen. Jetzt kann man fragen: Warum Wassertrinkbrunnen in die Fläche bringen? – Weil ich erreichen möchte, dass Wasser keine Selbstverständlichkeit ist. Das hat keinen Wert. Wenn wir den Menschen über Trinkbrunnen klarmachen "Wasser ist Leben", dann wird auch der Umgang anders werden. Ich sage auch in diesem Haus voraus: Wir haben mit den RZWas die Grundlage dafür gelegt, dass die Wasserinfrastruktur in den Kommunen in Bayern – die Kommune wurde als Partner angesprochen – wirklich partnerschaftlich gut in die Zukunft geführt werden kann. Aber ich will immer wieder deutlich machen: Wasser als Lebensmittel ist ein verdammt günstiges Produkt. Es ist ein Lebensmittel. Kolleginnen und Kollegen, wir zahlen oft im Durchschnitt 2 Euro für 1.000 Liter dieses Lebensmittels.

Wir müssen uns alle darüber klar sein: Wenn wir mit diesem kostbaren Gut nicht besonders umgehen, leben wir auf Kosten kommender Generationen. Also lassen Sie

uns gemeinsam wirklich bei dem Thema Wasserzukunft Bayern einen guten Aufschlag leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte mich am Ende dieses langen Tages bei Ihnen bedanken, dass Sie noch um 12 Uhr am Abend dieser spannenden Debatte gelauscht haben. Herzlichen Dank dafür! Herzlichen Dank an das Hohe Haus. Ich sage auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Ministerium, an die Amtschefs und die Haushälter, die hervorragende Arbeit geleistet haben, herzlichen Dank. Ich sage herzlichen Dank an die nachgelagerten Behörden, angefangen bei unseren Nationalparks, bei den Wasserwirtschaftsämtern und beim LGL und beim LfU und der ANL und den anderen nachgelagerten Behörden. Ich sage herzlichen Dank dem Finanzministerium und dem Finanzminister für die konstruktiven Beratungen.

Auch wenn wir über die Häuser sprechen, muss ich sagen: Wir sind schon ein ganz besonderes Haus. Es gibt nur wenige Häuser, in denen Kernphysiker, Biologen, Bauingenieure, Geologen, Meteorologen, Juristen, Ärzte, Tierärzte, Verwaltungsfachkräfte, Architekten zusammenarbeiten. Wir haben alles. Ich sage ganz bewusst – das ist ein Werbeblock für das Umwelt- und Verbraucherschutzministerium –: Wir sind eine bunte Truppe, aber wir haben jeden Tag eine gute Stimmung. Das ist letztendlich das, was die Arbeit ausmacht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage noch einmal herzlichen Dank auch für die schnelle Beratung hier im Haushaltsausschuss. Ich glaube, ich war einer der wenigen Minister, die innerhalb des Zeitrahmens verhandelt wurden. Herzlichen Dank an den Haushaltsausschuss. Ich danke den Regierungsfraktionen bzw. allen Fraktionen, die diesem Haushalt zustimmen. Wir werden uns mit aller Kraft einsetzen, damit die Zukunft Bayerns gut gestaltet wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, bleiben Sie bitte hier. Sie haben drei Zwischenbemerkungen.

(Unruhe)

Sie können jetzt die erste beantworten. Nein, bleiben Sie bitte da. Die erste Zwischenbemerkung kommt von Herrn von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Thorsten Glauber! Du hast jetzt sehr engagiert geredet. Ich habe festgestellt, du hast länger zur Afrikanischen Schweinepest geredet als zur Jahrhundertherausforderung des Klimaschutzes.

(Unruhe)

Das zeigt auch etwas an, nämlich die falsche Prioritätensetzung und die fehlende Linie im Umweltministerium. Ich sehe, dass das Verkehrsministerium und das Wirtschaftsministerium entscheidende Felder des Klimaschutzes bespielen, ich würde mir aber von einem bayerischen Umweltminister wünschen, dass er hier wirklich ein Treiber ist. Das kann ich tatsächlich nicht erkennen, und das möchte ich jetzt gerne angesichts der Beratungen über den Haushalt einfach mitgeben, dass ich da vom Umweltministerium deutlich mehr erwarte angesichts der schlechten bayerischen Klimabilanz.

(Beifall bei der SPD – Zurufe: Oh!)

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Kollege von Brunn, Sie haben mit Sicherheit bemerkt: Ich habe eineinhalb Stunden über den Klimareport gesprochen. Sie sagen, ich engagiere mich nicht für dieses Thema. Dazu sage ich: Ich habe mich eineinhalb Stunden nur diesem einen Thema gewidmet. Das kann man machen, ich habe aber nicht vorgehabt, heute Abend eineinhalb Stunden über den Klimareport zu sprechen, weil ich es schon ausführlich getan habe.

Aber ich wollte damit zeigen: Dieses Ministerium hat viel mit Ordnungsrecht und letztendlich auch mit Herausforderungen in der Betreuung zu tun, zum Beispiel bei Seuchen, und kümmert sich um alles. Auch kleine Details werden in diesem Haus sorgfältig bearbeitet, und zwar mit einer Akribie, wie es sich gehört. Klein und Groß wird mit der gleichen Prämisse bearbeitet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von Herrn Friedl. Bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Wie immer.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Nein, der Herr Hahn hat zurückgezogen.

(Zuruf: Oh!)

Nicht? – So wurde es mir gesagt. Pardon, Herr Friedl, ich revidiere: Als Zweiter hat sich der Prof. Hahn gemeldet. Der Prof. Hahn darf jetzt selbstverständlich seine Frage stellen. Anschließend kommt der Herr Friedl.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Herr Minister Glauber, erst einmal vielen Dank für Ihre leidenschaftliche Rede hier. Ich habe es ja schon irgendwie vermisst. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Umwelt oder Sie im letzten Jahr während Corona ein bisschen in den Hintergrund getreten sind, aber das haben Sie heute versucht, ein bisschen wettzumachen, und das auch noch mit dem brisanten Thema der Afrikanischen Schweinepest. Tatsächlich haben Sie die bisher bekämpft. Sie haben hier auch die Wichtigkeit hervorgehoben, die diese Bekämpfung sozusagen für die Besiegung oder Bekämpfung der Corona-Pandemie haben kann. Ich bin also ganz erstaunt. Allerdings ist es da ja nicht ganz so erfolgreich.

Wir haben das heute auch gehört: Die Corona-Pandemie ist ja irgendwie noch nicht besiegt, und auch bei der Afrikanischen Schweinepest habe ich so meine Zweifel, dass Sie das hinbekommen, weil die Wildschweine – das Schwarzwild – sich weiter ausbreiten. Damit wächst die Gefahr. Das Ganze hängt mit der Energiewende zusammen. Wir haben ja sehr viele Maisfelder, die das protegieren. Insofern sind die Energiewende und diese Maisfelder kritisch zu sehen. Wie würden Sie das in Zukunft lösen?

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Zur Afrikanischen Schweinepest: Wir haben Drohnen im Einsatz zur Bejagung des Schwarzwilds. Wir haben die Zäune nach Tschechien, nach Thüringen und Sachsen geschlossen. Wir haben auch die Länder Brandenburg und Sachsen mit bayerischem Zaunmaterial ausgerüstet und wieder nachgekauft. Das zeigt, wie wir bei dem Thema unterwegs sind. Wir lassen die Landwirte die Bestände freitesten, unterstützen sie dabei und bezahlen das Freitesten für den Handel. Das zeigt die Wichtigkeit für die Landwirtschaft.

Weil Sie die Pandemiebekämpfung ansprechen, sage ich: Hätten wir dieses Pandemielager nicht gehabt, hätte dieses wertvolle Material in der ersten Welle der Pandemie in vielen Krankenhäusern und auch in Hilfseinrichtungen nicht zur Verfügung gestanden. Es hat unsere Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger geschützt. Gott sei Dank gab es dieses Pandemielager. Jetzt bauen wir für Pandemien anderer Art nach dem Vorbild des Tierseuchenlagers ein Pandemielager in Bayern auf beziehungsweise haben es aufgebaut. Das zeigt, wir waren genau auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke. – Nun die dritte Zwischenbemerkung. Herr Friedl, bitte.

Patrick Friedl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Umweltminister, sehr geehrter Herr Glauber, ich habe drei kleine Fragen.

(Zuruf: Oh nein!)

Die erste Frage betrifft das Wasserentnahmeentgelt. Haben Sie dazu Planungen? Sie haben davon gesprochen, wie wichtig es ist, dem Wasser einen Wert zu geben.

Die zweite Frage dreht sich um die Ausstattung der Wasserwirtschaftsämter. Sie sprachen von einer Beschleunigung der Ausweisung von Wasserschutzgebieten. Es fehlt einfach an Personal und an Geld. Was haben Sie da geplant?

Die dritte Frage bezieht sich auf die Hitze. Sie haben mir noch einmal kräftig zugewinkt und auch gesagt, wie wichtig Ihnen die Hitze ist. Wann kommt eine Koordinierungsstelle im Landesamt für Gesundheit?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte.

Staatsminister Thorsten Glauber (Umwelt und Verbraucherschutz): Beim Landesamt für Umwelt sind wir sehr, sehr gut aufgestellt. Da brauchen wir keine neuen Stellen zu schaffen. Wie gesagt, wir kümmern uns grundsätzlich um alle Herausforderungen.

Beim Thema Wasser und seinem Wert: Ich glaube, da ist jeder in seiner kommunalen Verantwortung mit gefragt. Ich bin derjenige, der hier appelliert, aber Sie alle entscheiden zu Hause mit, damit der Wert des Wassers so bewertet wird, wie er auch bewertet gehört. Ich freue mich auf all Ihre Reden, in denen Sie den Wert des Wassers in den Kommunalparlamenten sauber darstellen. Mit mir werden Sie immer einen Unterstützer dafür finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zum Thema Personal: Wir haben die 650 Stellen bei den Wasserwirtschaftsämtern momentan in das Strukturkonzept "Wasserzukunft Bayern" mit einbezogen. Ich bin hier in guten Verhandlungen mit dem Finanzminister, damit wir die Entfristung für die

650 Stellen hinbekommen. Wenn man das Thema "Wasserzukunft Bayern" wirklich ernst nimmt, dann kann man hier nicht mit befristeten Stellen arbeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2021, Einzelplan 12, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13831 mit 18/13837, 18/13846 mit 18/13868, 18/13882 mit 18/13894, 18/13941 mit 18/13947 und 18/13965 mit 18/13977 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/14435.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen" auf der Drucksache 18/13891. Wie vorab angekündigt, hat die SPD-Fraktion hierzu namentliche Abstimmung beantragt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Antrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 00:12 bis 00:15 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung. Die Sitzung wird bis zur Ermittlung des Abstimmungsergebnisses unterbrochen.

(Unterbrechung von 00:15 bis 00:16 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Mit Ja haben 29 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 66 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltung: keine. – Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 13)

Es folgt nun die Abstimmung zum Einzelplan 12 selbst. Der Einzelplan 12 wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 18/14435 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen. Wer dem Einzelplan 12 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktion der FREIEN WÄHLER, die CSU-Fraktion, FDP-Fraktion und der Abgeordnete Markus Plenk (fraktionslos). Nun zu den Gegenstimmen. Ich bitte, auch die Gegenstimmen durch Erheben anzuzeigen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, AfD-Fraktion. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 14)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussempfehlung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2021 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und der Abgeordnete

Markus Plenk (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist das so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, Drucksache 18/14435, weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/13965 mit 18/13977 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 12 ist damit abgeschlossen.

Ich wünsche einen guten Nachhauseweg um 00:20 Uhr. Bis morgen in der Früh um 9:00 Uhr! Danke, servus.

(Schluss: 00:20 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 24.03.2021 zu Tagesordnungspunkt 17: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD; Haushaltsplan 2021; hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen (Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.) (Drucksache 18/13891)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias	X		
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin		X		Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker				Friedl Patrick	X		
Baumgärtner Jürgen				Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Füracker Albert			
Bayerbach Markus		X					
Becher Johannes	X			Ganserer Tessa	X		
Becker Barbara				Gehring Thomas			
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz		X		Gibis Max			
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin		X		Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard		X	
Brannekämper Robert				Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald	X		
von Brunn Florian	X			Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus	X						
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Dr. Cyron Anne		X		Halbleib Volkmar	X		
				Hanisch Joachim			
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig	X		
Demirel Gülseren	X			Hauber Wolfgang			
Dorow Alex				Haubrich Christina			
Dremel Holger		X		Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans		X	
Duin Albert	X			Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold			
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang	X		
Eibl Manfred				Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael		X	
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer			
Magerl Roland		X	
Maier Christoph			
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. Schwartz Harald			
Seidenath Bernhard			
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	29	66	0

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zu Tagesordnungspunkt 17

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 12

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sächliche Verwaltungsausgaben
(Kap. 12 02 Tit. 547 74)
Drs. 18/13831
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse an Sonstige im Rahmen von Verbraucherschutzinitiativen
(Kap. 12 03 Tit. 686 53)
Drs. 18/13832
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege
(Kap. 12 04 Tit. 633 72)
Drs. 18/13833
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Erschwernisausgleich nach Art. 42 Abs. 1 BayNatSchG
(Kap. 12 04 Tit. 683 72)
Drs. 18/13834
5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft und Ressourceneffizienz
(Kap. 12 04 Tit. 685 79)
Drs. 18/13835

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände insbesondere für Grün- und Erholungsanlagen
(Kap. 12 04 Tit. 883 73)
Drs. 18/13836
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2021;
hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/13837
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einrichtung einer Stabsstelle für eine Landesbeauftragte bzw. einen Landesbeauftragten für Tierschutz
(Kap. 12 01 neuer Tit.)
Drs. 18/13846
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Verwaltungskostenpauschale für Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/13847
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tessa Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Beschaffung behindertengerechter Arbeitsplatzausstattung
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13848
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Förderung der Verbraucheraufklärung
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13849
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021,
hier: Moorrenaturierung
(Kap. 12 04 Tit. 883 72)
Drs. 18/13850
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landschaftspflege- und Klimaschutzhöfe
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13851

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen der Klimaanpassung
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13852
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Umsetzung der Natura 2000-Managementpläne
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13853
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Forschung zu Plastik und Mikroplastik in der Umwelt
(Kap. 12 04 neuer Tit.)
Drs. 18/13854
17. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/13855
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Tierheime bei Sanierungs- und Baumaßnahmen besser unterstützen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/13856
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschuss zu den Planungskosten für das Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach-Wallersdorf
(Kap. 12 08 neuer Tit. u. Tit. 893 03)
Drs. 18/13857
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Abfederung coronabedingter Notlagen der Tierheime und Tierschutzvereine
(Kap. 12 08 neuer Tit.)
Drs. 18/13858
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landesamt für Umwelt – Entgelte der Arbeitnehmer
(Kap. 12 09 Tit. 428 01)
Drs. 18/13859

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Bayerisches Artenschutzzentrum – Sonstige Personalausgaben und personalbezogene Sachausgaben
(Kap. 12 09 Tit. 459 84)
Drs. 18/13860
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Ausgaben zur Durchführung von speziellen Fachaufgaben des Naturschutzes und der Landschaftspflege: Rote Listen aktualisieren
(Kap. 12 09 Tit. 547 08)
Drs. 18/13861
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Haushaltsmittel für Ultrafeinstaubmessungen für den Standort Flughafen München
(Kap. 12 09 Tit. 812 04)
Drs. 18/13862
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Einführung eines bayerischen Wasserentnahmeentgelts
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13863
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Untersuchung und Sanierung von Altlasten mit polyfluorierten Tensiden
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13864
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Stellen für Naturschutz an den Regierungen
(Kap. 12 31 Tit. 422 01)
Drs. 18/13865
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 TG 82 neuer Tit.)
Drs. 18/13866
29. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände auf dem Gebiet des Bodenschutzes, der Altlasten und der Geologie
(Kap. 12 77 Tit. 883 81)
Drs. 18/13867

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Maßnahmen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie
(Kap. 12 77 neuer Tit.)
Drs. 18/13868
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Zusätzliche Finanzmittel für die Verwaltungskosten von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/13882
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Gegen die Wegwerfmentalität: Reparaturcafés fördern
(Kap. 12 03 TG 52 neuer Tit.)
Drs. 18/13883
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verstärkung des Prozesskostenbudgets für die Verbraucherschutzorganisationen in Bayern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13884
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Zusätzliches Personal für die Verbraucherberatung im Wirtschafts-, Telekommunikations- und Finanzsektor
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13885
35. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbraucherschutzberatung finanziell absichern
(Kap. 12 03 Tit. 686 01)
Drs. 18/13886
36. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Artenschutz und Klimaschutz ernst nehmen
(Kap. 12 04 Tit. 685 72)
Drs. 18/13887
37. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Versprechen zum Moorschutz umsetzen
(Kap. 12 04 TG 71 - 72 neuer Tit.)
Drs. 18/13888

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Martina Fehlner, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Unterstützung der Tierschutzorganisationen bei besonderen Notsituationen und Förderung des Katzenschutzes
(Kap. 12 08 Tit. 686 01)
Drs. 18/13889
39. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Streichung der Befristung der Stellen am Bayerischen Landesamt für Umwelt
(Kap. 12 09 Tit. 428 01 und Tit. 428 11)
Drs. 18/13890
40. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Florian Ritter u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Studie zur unabhängigen Bewertung der Bayerischen Klimaschutzmaßnahmen
(Kap. 12 09 TG 85 neuer Tit.)
Drs. 18/13891
41. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaprämie für energieeffiziente Haushaltsgeräte
(Kap. 12 09 neuer Tit.)
Drs. 18/13892
42. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Arif Tasdelen u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Verbesserung der Personalausstattung beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch die Schaffung 20 neuer Stellen
(Kap. 12 23 Tit. 422 01)
Drs. 18/13893
43. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Ruth Müller u. a. SPD
Haushaltsplan 2021;
hier: Streichung der Befristung der Stellen an den Wasserwirtschaftsämtern
(Kap. 12 77 Tit. 422 01, Tit. 428 70, Tit. 428 90, Tit. 428 91, Tit. 428 92)
Drs. 18/13894
44. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Gerd Mannes, Ulrich Singer u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Zuschüsse für die Errichtung und den Betrieb von Umweltstationen
(Kap. 12 02 Tit. 684 74)
Drs. 18/13941
45. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Klingen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Direkte und indirekte Auswirkungen von Windenergieanlagen auf heimische Ökosysteme näher erforschen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13942

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Reale Umweltbilanz von Windkraftanlagen offenlegen
(Kap. 12 02 neuer Tit.)
Drs. 18/13943
47. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Klimaschutzpreise
(Kap. 12 04 Tit. 547 75)
Drs. 18/13944
48. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landfill mining
(Kap. 12 04 TG 78 - 79 neuer Tit.)
Drs. 18/13945
49. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Staatliche Förderung von Sanierungs- und Baumaßnahmen von Tierheimen
(Kap. 12 08 Tit. 893 02)
Drs. 18/13946
50. Änderungsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Christian Kligen, Gerd Mannes u. a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2021;
hier: Landesagentur für Energie und Klimaschutz
(Kap. 12 09 TG 85)
Drs. 18/13947